



PRESSEMITTEILUNG

9. Juli 2021

Glauber: Mehr Tierwohl und Tierschutz in der Nutztierhaltung / Zukunftsfähige Tierhaltung in Bayern stärken

Den Tierschutz in der Nutztierhaltung verbessern, regionale Strukturen stärken und die Wertschöpfung vor Ort erhöhen. **Bayerns Umwelt- und Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber** setzt sich für mehr Tierwohl bei landwirtschaftlichen Nutztieren in Bayern ein: "Die Nutztierhaltung steht vor großen Herausforderungen. Wir wollen hochwertige Lebensmittel von gesunden Tieren aus artgerechter Haltung. Wir brauchen dazu eine Weiterentwicklung der Tierhaltung: Das schaffen wir nur zusammen mit der Landwirtschaft. Die Strohschwein-Initiative ist ein gutes Beispiel für eine zukunftsfähige Tierhaltung. Wichtig ist auch eine tierschutzkonforme Schlachtung. Feste Kooperationen mit einem nahegelegenen regionalen Schlachtbetrieb stärken den Tierschutz. Wir wollen in Bayern die bestehenden regionalen Strukturen im Schlachtbereich erhalten. Mehr Tierwohl bedeutet auch höhere Kosten: Wir prüfen derzeit Möglichkeiten zur gerechteren Gestaltung von Fleischbeschauegebühren für kleinere, handwerklich strukturierte Schlachtbetriebe. Unser Ziel sind kurze Wege, sichere Produkte und mehr Tierwohl zusammen mit der Landwirtschaft."

Zusammen mit Richard Mergner, Vorsitzender des Bund Naturschutz, hat Glauber heute einen landwirtschaftlichen Betrieb im Landkreis Hof besucht. Mergner betonte: "Der Umbau zu einer artgerechteren Tierhaltung muss zum Ziel der bayerischen Landwirtschaftspolitik werden. Bei der Strohschweinehaltung können die Tiere ihre angeborenen Verhaltensweisen, insbesondere das Wühlen, in der Stroheinstreu ausleben. Diese besonders tiergerechte Haltung fördert auch die Tiergesundheit: Gelenkserkrankungen

wie bei der Haltung auf Betonvollspaltenböden treten praktisch nicht auf." Mergner erklärte, dass es sehr wichtig sei, Metzgereien und kleine Schlachtstätten, die noch selbst schlachten, und wegen der geringen Stückzahlen bei den Fleischhygienegebühren benachteiligt seien, baldmöglichst finanziell zu entlasten.